

Expedition Grundeinkommen, am Langenzug 12, 22085 Hamburg

Hallo!

Danke, dass du Teil der Expedition Grundeinkommen Hamburg bist! Hier sind deine Unterschriftenlisten für die Volksinitiative. **Durch deine Unterschrift wird Grundeinkommen Realität!**

Wir haben dir 4 Unterschriftenlisten beigelegt. Auf jeder Liste können bis zu 5 Personen unterschreiben, die in Hamburg stimmberechtigt sind. Bitte frage so viele Menschen, wie du kannst – Freund\*innen, Kolleg\*innen, Mitbewohner\*innen – ob sie mit dir unterschreiben!

Aber selbst, wenn nur du für dich selbst unterschreibst: Jede Unterschrift zählt.

Schicke uns die Listen unterschrieben bitte unbedingt bis zum **04. März** zurück. Bitte frankiere den beigelegten Rückumschlag, wenn du eine Briefmarke zur Hand hast. Du kannst den Brief aber auch unfrankiert einwerfen.

Wenn du noch mehr Listen brauchst, schreib uns an  
[orga-hh@expedition-grundeinkommen.de](mailto:orga-hh@expedition-grundeinkommen.de)

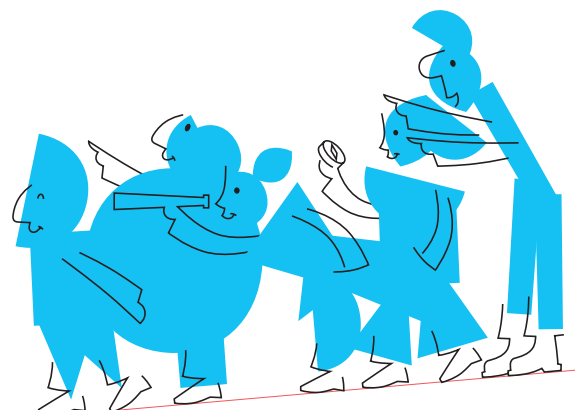
Gemeinsam machen wir Grundeinkommen startklar!

Liebe Grüße  
Laura

Du willst, dass wir noch mehr Menschen Unterschriftenlisten schicken können?  
**Dann spende jetzt!** Für eine 20€-Spende können wir 10 Briefe wie diesen versenden.

Konto: Vertrauensgesellschaft e.V.  
IBAN: DE74 4306 0967 1218 1056 01

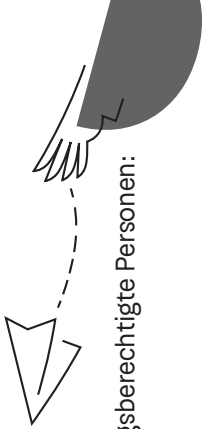
Oder sende eine SMS mit „expedition5“  
(5 Euro) oder „expedition10“ (10 Euro) an  
die 81190. Wir erhalten davon 4,83 €  
bzw. 9,83 €.



# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

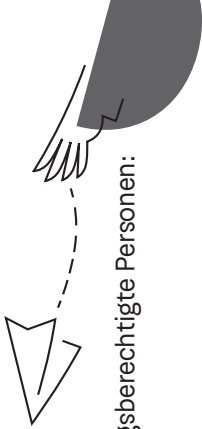
## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

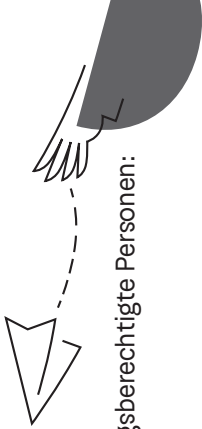
## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen
  - (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen
  - (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen
  - (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).



# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen
  - (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen
  - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
  - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen, dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
  - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen
  - (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).



# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

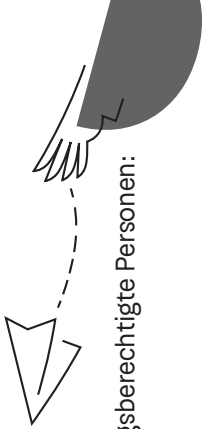
- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
- Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
- Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
- sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen

- (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG), sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
- für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
- dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
- ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

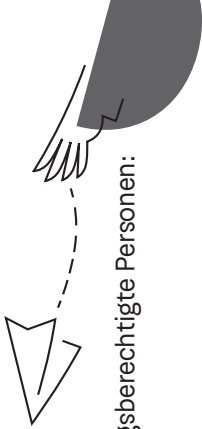
## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen
  - (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).



# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen
  - (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

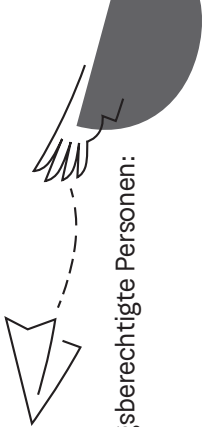
## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen
  - (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

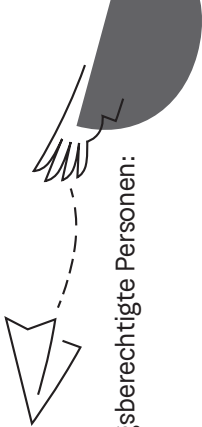
## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

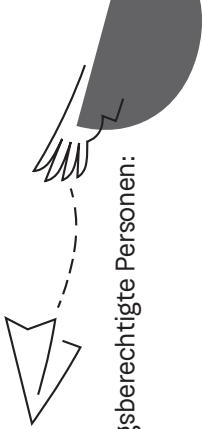
- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).



# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

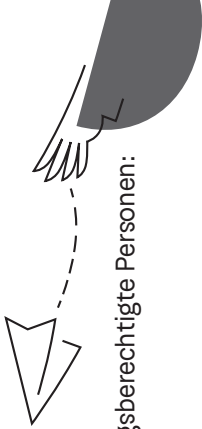
## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen
  - (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

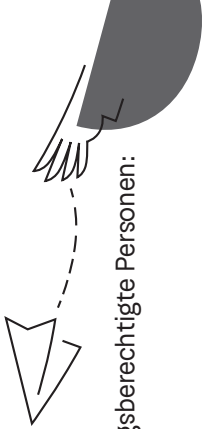
## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

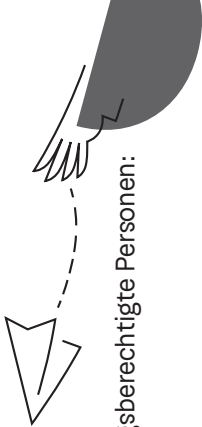
- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).



# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

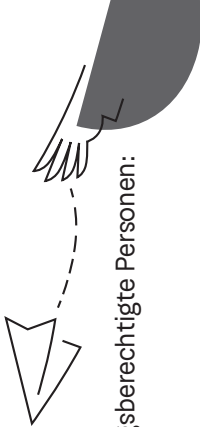
## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen
  - (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

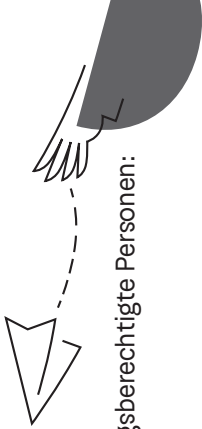
## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen
  - (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

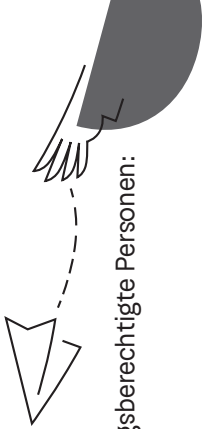
## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen
  - (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

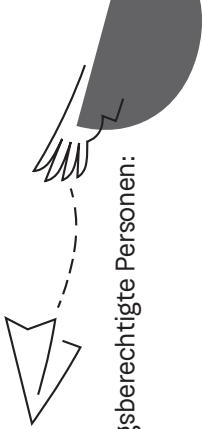
- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen
  - (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).



# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

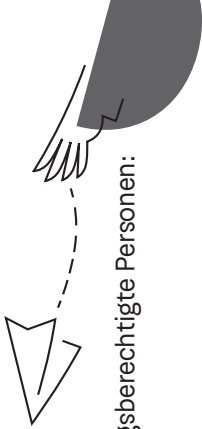
## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!

Unterschriftsliste Nummer  (nicht ausfüllen) für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg.

Erklärung: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.



Für die Initiatoren erklärungsberechtigte Personen:

1. Daniela Schulze
2. Gregor Schürmann
3. Frank Wagner

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 12.02.2020

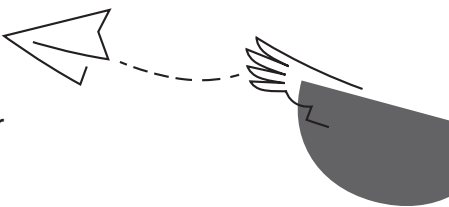
| Lfd. Nr. | Familien-, Vorname(n) | Geburtsjahr | Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg | PLZ | Datum | Unterschrift | Amtliche Vermerke |
|----------|-----------------------|-------------|---|-----|-------|--------------|-------------------|
| 1        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 2        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 3        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 4        |                       |             |   |     |       |              |                   |
| 5        |                       |             |   |     |       |              |                   |

## Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungs-berechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
  - Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
    - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
    - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
    - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
    - für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
    - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
    - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

# Haltet mich auf dem Laufenden:

In der zweiten Stufe der Volksabstimmung (dem Volksbegehren) brauchen wir noch mehr Menschen, die unterschreiben. Sei jetzt schon dabei und erfahre, wenn es weiter geht!



| Name | E-Mail | Unterschrift |
|------|--------|--------------|
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |
|      |        |              |

Mit der Angabe meiner E-Mail-Adresse bestätige ich, dass ich Neuigkeiten von der Vertrauensgesellschaft e. V. (Trägerin der Expedition Grundeinkommen) erhalten möchte.